

Dieser Newsletter wird in der englischen Fassung von SOMO und WEED herausgegeben (hier abonnieren).

Schattenbanken: G20 lassen sich Zeit, während die Finanzlobby in der EU zuschlägt

Von Markus Henn, WEED

Die Reform zu Schattenbanken (für eine Einführung siehe [Newsletter November 2013](#)) bleibt auf internationaler und EU-Ebene offen.

Die G20 und ihr Beratungsgremium, der Finanzstabilitätsrat, entwickeln immer noch die endgültigen Empfehlungen für einige wichtige Schattenbankaktivitäten. Es gab Gerüchte, dass die australische G20-Präsidentschaft letztes Jahr die Finanzreformagenda ohnehin für erledigt erklären wollte. Aber andere Regierungen drängten darauf, Finanzreformen auf der Agenda zu halten. Bezüglich Schattenbanken erwartet man nun, dass die Reformen bis 2016 vollendet werden – rund zehn Jahre nach Beginn der Krise.

Im [Kommuniqué](#) ihres Treffens vom 9. und 10. Februar 2015 bekräftigten die G20 Finanzminister und Zentralbankpräsidenten ihren [Fahrplan](#) zu Schattenbanken. Hauptsächlich unterstützt dieser die fortlaufende Arbeit des G20 Beratungsgremiums zu Finanzfragen, des Finanzstabilitätsausschusses (FSB), und des globalen Zusammenschlusses der Wertpapieraufseher IOSCO. Der Finanzstabilitätsrat wird sich mit den folgenden Aspekten befassen:

- Informationsaustausch (bis zum ersten Quartal 2015): Datenlücken sollen mithilfe eines umfassenden Informationsaustauschs angegangen werden, vor allem in Bereichen, in denen eine Regulierungszusammenarbeit schwierig ist.
- Risikoverringerung, vor allem über einen Vorschlag für zahlenmäßige Wertabschläge („haircut“) für Wertpapierfinanzierungsgeschäfte (bis zum zweiten Quartal 2015): Wenn solche Geschäfte stattfinden, z.B. wenn eine Bank einer anderen Bank Sicherheiten leiht, werden die mit der Kreditvergabe verbundenen Sicherheiten automatisch im Wert reduziert, beispielsweise um das Risiko zu vermeiden, dass der Wert der Sicherheiten in Krisenzeiten nicht ausreichend ist.
- Datenbank zur globalen Wertpapierfinanzierung (bis Ende 2015): Hier geht es um die Entwicklung von Standards und

Inhaltsübersicht

- 1 – Schattenbanken: G20 lassen sich Zeit, während die Finanzlobby in der EU zuschlägt
- 2 – Griechisches Drama vor dem finalen Showdown?
- 3 – Kurzinformatio: Großbanken – werden sie umstrukturiert und wenn ja, wie sehr?
- 4 – Kurzinformatio: Steuervermeidung – EU-Kommission verlangt ein bisschen mehr Transparenz
- 4 – Kurzinformatio: Kapitalmarktunion
- 5 – Kalender

Prozessen für die Sammlung und Zusammenführung von Daten zur globalen Wertpapierfinanzierung.

- Wiederverwendung von Sicherheiten regulieren (bis Ende 2015): Die endgültigen Ergebnisse zur Harmonisierung einer Regulierung der Wiederverwendung der Sicherheiten eines Kunden sollen ausgearbeitet werden. Außerdem sollen mögliche Finanzstabilitätsthemen wie die Wiederverwendung von Sicherheiten in Form von Anlagen überarbeitet werden.
- Die von den G20 in unterschiedlichen Bereichen getroffenen Entscheidungen überprüfen (im Verlauf von 2015).

Trotz der fehlenden endgültigen Entscheidungen auf internationaler Ebene, insbesondere bezüglich der Wertabschläge bei Sicherheiten, hat die Europäische Kommission bereits Gesetze zu [Geldmarktfonds](#) und [Wertpapierfinanzierungsgeschäften](#) vorgeschlagen.

Allerdings schaffte es die Finanzlobby vor einem Jahr, die Geldmarktfonds-Reform im verantwortlichen ECON-Ausschuss zu verzögern (für Details siehe [Newsletter März 2014](#)), sodass sie vor den Wahlen des Europäischen Parlaments nicht abgeschlossen werden konnte. Ende Februar 2015 entschied der Ausschuss seine endgültige Position – und gab dem Druck der Finanzlobby endgültig nach: Der Entwurf der Kommission wurde noch weiter geschwächt. Sogar der Kommissionsvorschlag, einen Kapitalpuffer von drei Prozent bei Geldmarktfonds einzuführen, wurde als allgemeine Regel abgelehnt und wird nur nach fünf Jahren für eine neu eingeführte Gruppe von Fonds gelten, wie die Fraktion der Grünen im Parlament [beklag-](#)

te. Sie befürchtet außerdem, dass das Gesetz noch nicht einmal mit den Empfehlungen des Finanzstabilitätsrats zu Geldmarktfonds übereinstimmen und daher bei der anstehenden Prüfung des FSB durchfallen könnte. In jedem Fall wird die Entscheidung nicht dazu beitragen, Schattenbanken zu beschränken. Nun muss der Rat der Finanzminister seine Entscheidung zu dem Gesetz treffen, bevor der abschließende Trilog beginnen kann.

Das zweite vorgeschlagene Gesetz befasst sich mit Wertpapierfinanzierungsgeschäften. Das Problem des Entwurfs ist, dass er sich vor allem auf die Transparenz richtet und lediglich noch zusätzlich eine Regel enthält, dass eine Person erst die Erlaubnis dafür geben muss, wenn ihre Sicherheiten von ihrer Bank an Dritte weiterverliehen werden. Dagegen fehlt dem Entwurf eine Regelung zu Wertabschlägen, wie sie zurzeit vom Finanzstabilitätsrat entwickelt wird. Deshalb schlug der sozialdemokratische Parlaments-Berichtersteller Renato Suro in seinem [Entwurfsbericht](#) vom 22. Dezember 2014 vor, dieses Schlupfloch zu schließen und ein Wertabschlagssystem hinzuzufügen, das von der Kommission weiter ausgeführt werden sollte. Der Bericht schlägt außerdem Regeln zur Wiederverwendung von Sicherheiten vor, wie Details zu Berechnungsmethoden. Der ECON-Ausschuss traf seine Entscheidung am 24. März – und die konservativ-liberale Mehrheit stimmte gegen die Änderungen des Berichterstatters. Die ständigen Vertreter des Rates der Finanzminister (ECOFIN) stimmten die [Position des Rates](#) zu dem Gesetz schon im November 2014 ab, fordern aber auch nur mehr Transparenz. Nun kann der abschließende Trilog von Rat, Parlament und Kommission beginnen.

Griechisches Drama vor dem finalen Showdown?

Von Peter Wahl, WEED

Das Griechenlanddrama ist spannender als ein Hollywoodthriller. Die Situation verschärft sich von Tag zu Tag. Es gibt eine zunehmend schärfere Auseinandersetzung zwischen Athen auf der einen Seite und dem Machtblock aus Berlin, Eurogruppe und der Troika auf der anderen, mit einem besonders schweren griechisch-deutschen Konflikt im Zentrum. Die neue SYRIZA-Regierung versucht eine Verminderung ihrer Schuldenlast zu erreichen und will die perversesten Wirkungen der Sparpolitik beenden. Aber obwohl letzten Februar eine Vereinbarung erreicht wurde, das bestehende Förderprogramm zu verlängern, ist jede Zahlung der versprochenen 7,2 Milliarden Euro an die Umsetzung eines „Reformprogramms“ gebunden – welches von der Troika verabschiedet und überwacht werden soll. Die Reformen, die SYRIZA un-

ternimmt, wie z.B. eine Bekämpfung der Armut durch das Verteilen von Lebensmittelkarten oder die Gewährung von freiem Stromzugang für die Ärmsten, sind nicht die Art von Reformen, die die Troika sehen will und daher bislang abgelehnt hat.

Auf der anderen Seite würde eine Insolvenz Griechenlands den Austritt aus dem Euro bedeuten. Angesichts der miserablen Gesamtsituation der EU wäre der „Grexit“ ein politisches Desaster für die EU, insbesondere unter den derzeitigen geopolitischen Bedingungen.

Merkel hat das verstanden und erklärt, dass sie Athen in der Eurozone halten will. Das steht im Gegensatz zu Äußerungen von einigen Vertretern ihrer Partei, unter ihnen Finanzminister Schäuble, dass ein „Grexit“ nicht so schlimm wäre. Das könnte ein Indikator dafür sein, dass sie das tun wird was sie in solchen Situationen immer tut: sich weiter durchwursteln. Ein mögliches Szenario ist eine kurzfristige Unterstützung für Griechenland, um Zeit zu gewinnen.

Als Zeichen der Entspannung hatte Merkel Griechenlands Premierminister Alexis Tsipras am 23. März nach Berlin eingeladen. Das Ergebnis dieses Besuches war vor allem eine Entspannung der Atmosphäre zwischen Athen und Berlin. Es gab keine Informationen, ob in der Sache etwas erreicht wurde. Laut dem Linken-Vorsitzenden Gregor Gysi, der Tsipras nach Merkel traf, gibt es ein vertrauliches Papier mit 18 Reformvorschlägen, unter anderem mit höheren Steuern für die Reichen und anderen Maßnahmen zur Steuergerechtigkeit. Privatisierungen würden allerdings nicht akzeptiert werden, ebenso wenig wie eine Zunahme der Verbrauchsteuern. Griechenland würde seine „[anti-neoliberale Politik](#)“ fortführen. Formell entscheidet das nächste Eurogruppentreffen, ob die griechischen Vorschläge akzeptiert werden. Aber mit Merkels Schachzug wäre es eine Überraschung, wenn es keinen Kompromiss geben würde.

Ein interessanter Faktor in dem Machtspiel ist der Besuch von Tsipras am 8. April in Moskau, wo er mit dem russischen Präsidenten Putin zusammentrifft. Griechenland hat bereits den Kreml darum gebeten, eine Befreiung von russischen Gegenanktionen auf seine Agrarprodukte zu bekommen. Ursprünglich war der Besuch für Mai geplant, wurde jedoch um einen Monat vorverlegt. Es ist offensichtlich, dass die Option einer engeren Kooperation mit Russland ein Teil der griechischen Strategie ist, seine Verhandlungsposition in dem Konflikt zu stärken.

Mittlerweile drängt die Zeit. [Internen Berechnungen der Europäischen Kommission](#) zufolge wird das Land nach dem 9. April insolvent sein, wenn es keine Vereinbarung oder eine unerwartete Überraschung gibt. An diesem Tag sind Zahlungen über 467 Millionen Euro an den IWF sowie die Refinanzierung öffentlicher Anleihen von 2,5 Milliarden Euro fällig. Alles in allem muss Griechenland bis Juli 9,2 Milliarden Euro aufbringen – was völlig unrealistisch ist, auch wenn die 7,2 Milliar-

den von der Troika ausbezahlt würden. Zugleich ist die Kapitalflucht dramatisch. Im Februar [verließen 12 Milliarden Euro das Land](#).

Griechische Wirtschaft immer noch in der Krise

Vor den Wahlen im Dezember wurde von Politikern und Medien Optimismus verbreitet. Griechenland habe endlich den Wendepunkt erreicht und ein Aufschwung sei im Gange sei: Zahlen von EUROSTAT für das dritte Quartal 2014 zufolge habe das Land ein Wachstum von 0,7 Prozent gehabt, was tatsächlich ein Spitzenplatz in [der Eurozone](#) gewesen wäre. EUROSTAT unterschlug jedoch, dass es aufgrund eines statistischen Effekts zu einer Wachstumsrate von 0,7 Prozent kam: In dem betreffenden Zeitraum sanken die Preise schneller als die Einkommen, was ein typisches Phänomen in einer deflationären Situation ist, wie man ausführlich [bei Bill Mitchell](#) nachlesen kann.

Die Zahlen von Dezember 2014 zeigten dann wieder ein Schrumpfen der Wirtschaft um 0,4 Prozent. Die Arbeitslosenrate war im Dezember 2014 bei 26 Prozent und die Jugendarbeitslosigkeit bei 51,2 Prozent. Fast die Hälfte der Bevölkerung hat keine medizinische Versorgung mehr und nahezu ein Viertel der Schulkinder hatte nicht genug zu essen.

Krisenmanagement in der Sackgasse

Das griechische Drama dauert nun fünf Jahre. Das Krisenmanagement der Troika ist gescheitert. Wenn die Griechen weiterhin deren Rezepten folgen würden, müssten sie eine ganze Generation lang unter den aktuellen Konditionen dafür schufte, die Schuldenlast von 180 Prozent des BIP abzutragen. Es ist offensichtlich, dass weder die Schuldensituation noch das soziale Elend so weiter gehen können. Früher oder später könnte die Situation völlig außer Kontrolle geraten. Daher wird Durchwursteln höchstens etwas Zeit kaufen, vielleicht ein paar Monate, aber letzten Endes wird es die Dinge nur verschlimmern. Eine wirkliche, dauerhafte Lösung ist erforderlich.

Unter der Bedingung, dass Griechenland in der Eurozone bleibt, bedeutet dies jedoch auch, dass die Troika und Berlin wesentliche Veränderungen akzeptieren müssen. Die Frage ist, ob sie die Bereitschaft und die Fähigkeit dazu haben. Denn von ihrem Standpunkt aus wäre das ein Erfolg für SYRIZA, und das wollen sie aus mehreren Gründen verhindern:

- Es würde bedeuten, dass es eine Alternative zum Austeritätsparadigma gibt, und dass die ganze Logik des Krisenmanagements in Frage gestellt ist.
- Es würde einen Ansteckungseffekt erzeugen und PODEMOS in Spanien stärken, deren Programm dem von SYRIZA ähnlich ist. Und da es im November 2015 spanische Parlamentswahlen gibt, könnte ein Wahlsieg von PODEMOS eine Kettenre-

aktion auch in anderen Ländern auslösen.

Für die Sozialdemokraten, die überall in der EU die Austeritätspolitik mittragen, droht die Gefahr, von einer linken Alternative ausgestochen zu werden. Das Beispiel ihrer griechischen Schwesterpartei PASOK, die unter fünf Prozent landete, ist ein Menetekel. Insbesondere die deutsche SPD hat eine ziemlich aggressive Haltung gegenüber einer Änderung an den Austeritätsmaßnahmen eingenommen. So erklärte z.B. schon wenige Stunden nach der Wahl in Griechenland der sozialdemokratische Präsident des Europaparlaments, Schulz, er wolle „Tacheles mit Athen reden“.

Aus all diesen Gründen sollte man nicht zu hohe Erwartungen an die Problemlösungsfähigkeit der EU haben. Seit 25 Jahren hoffen viele, dass die EU reformiert und in ein demokratisches und soziales Europa umgewandelt werden könnte. Das Gegenteil ist passiert. Die kommenden Wochen werden zeigen, ob es dieses Mal anders ist. Wenn es keinen Bruch mit der derzeitigen Pfadabhängigkeit gibt, gibt es jedoch keinen Grund für Optimismus.

Kurzinfo: Großbanken – werden sie umstrukturiert und wenn ja, wie sehr?

Der Gesetzesvorschlag zur Umstrukturierung von Banken, die zu riskant für das Finanzsystem sind und im Krisenfall gerettet werden müssten, ist immer noch sehr umstritten im Europäischen Parlament (EP) und im Rat der Finanzminister (ECOFIN) (siehe auch den [vorherigen Newsletter](#)). Der zuständige Ausschuss des Parlaments (ECON) stimmte im März aufgrund sehr abweichender Meinungen nicht über einen Kompromisstext ab. Die linken Parteien wollen die risikoreichsten Teile einer Bank vom Basisgeschäft abtrennen, und zwar in eine gesonderte rechtliche Einheit. Demgegenüber möchten die rechten Parteien eher keine automatische Trennung und überlassen stattdessen der Aufsicht die Aufgabe, jede Bank gesondert zu beurteilen. Ein Kompromisstext ist vor Ende März 2015 nicht zu erwarten, eine Abstimmung im ECON-Ausschuss nicht vor Mitte April.

Auch der Fortschritt im ECOFIN geht langsamer voran als geplant. Deutsche und französische Regierungsvorschläge sehen Minimalreformen vor, beispielsweise lediglich eine Abtrennung und kein Verbot von Wetten auf eigene Rechnung (Eigenhandel). Und die nationale Aufsicht soll viel Ermessensspielraum erhalten, was mit den nationalen Reformgesetzen zusammenpasst. Dagegen führte Großbritannien auf Basis von Empfehlungen der Vickers-Kommission eine viel striktere Trennung ein („ringfencing“) und wird bei jedem schwächeren EU-Gesetz aussteigen. Die Nieder-

lande waren für eine automatische Trennung und die niederländische Zentralbank schlug erst jüngst in ihrem [Jahresbericht von 2014](#) vor, die Größe europäischer Banken zu begrenzen. Es gibt nicht viele nationale Debatten zu diesem Thema, aber Finance Watch brachte einige Kritik ([siehe beispielsweise hier](#)).

Kurzinfo: Steuervermeidung – EU-Kommission verlangt ein bisschen mehr Transparenz

Die Debatte um eine Reform der Unternehmensbesteuerung in der EU (für Hintergrundinformationen siehe [Newsletter Dezember 2014](#)) ließ die Europäische Kommission am 18. März 2015 ein „[Steuertransparenzpaket](#)“ vorschlagen. Im Kern enthält es einen Gesetzesentwurf, der von allen EU-Staaten verlangt, grenzübergreifende Steuervorbescheide an andere EU-Staaten zu übermitteln. Das sind Bescheide, die im Voraus von Finanzämtern zur Besteuerung eines bestimmten Unternehmens ausgestellt werden. Aufgrund [eines Gesetzes von 1977](#) hatten die EU-Staaten jedoch bereits die Pflicht, andere Länder im Falle von Steuerauswirkungen zu informieren. Da dieses Gesetz von Luxemburg und seinesgleichen nicht ernst genommen wurde, ist es noch nicht klar, wie gut der neue Vorschlag an schlagen wird – und ob er überhaupt von den Mitgliedsstaaten verabschiedet wird.

Darüber hinaus beinhaltet das Paket der Kommission eine Prüfung der wirtschaftlichen Effekte von länderspezifischen Finanzberichten großer Unternehmen. Die Effekte (z.B. auf Investitionen) [dieser Berichte von Banken](#) wurden bereits [letztes Jahr geprüft](#), und die Kommission schlussfolgerte, dass sie positiv waren.

Schließlich umfasst das Kommissionspaket eine Reform des „Verhaltenskodexes für die Unternehmensbesteuerung“ sowie das Sammeln zusätzlicher Daten zu Steuerhinterziehung und -vermeidung in der EU.

Die Kommission kündigte an, dass es bis Sommer 2015 ein zweites Paket mit Regeln gegen Steuerhinterziehung und für Steuerharmonisierung geben wird. Um auf eine starke Reform zu drängen, schrieben 30 Europäische NGOs im März 2015 einen [Brief an Kommissionspräsidenten Juncker](#). Eine Antwort steht noch aus.

Das Europäische Parlament ist auch auf eigene Faust aktiv, mit einem [neuen Spezialausschuss TAXE](#) zu Unternehmenssteuern, begleitet vom „[Jahressteuerbericht](#)“, einem Bericht zu „[Steuervermeidung und Steuerhinterziehung als Herausforderungen für die Staatsführung, den Sozialschutz, und die Entwicklung in Entwicklungsländern](#)“ und einer Gesetzesinitiative zu „[Transpa-](#)

[renz, Koordination und Konvergenz der Unternehmenssteuerepolitik in der Union](#)“.

In der Zwischenzeit setzen die OECD und die G20 die Arbeit an ihrem [Aktionsplan gegen „Gewinnverkürzung und Gewinnverlagerung“](#) fort, mit vielen Textentwürfen in den letzten Monaten und kritischen Antworten der „[BEPS Monitoring Group](#)“. Die OECD wird weitere Entwurfstexte veröffentlichen, um den Plan in den kommenden Monaten zu vervollständigen.

Die Arbeit der internationalen Zivilgesellschaft wird auch von einer neuen „[Independent Commission for the Reform of International Corporate Taxation](#)“ unterstützt, die eine umfassendere Diskussion der internationalen Steuerregeln anstrebt.

Kurzinfo: Kapitalmarktunion

Am 28. Januar 2015 verkündete die Kommission, dass sie mit der Arbeit an ihrem „[Leuchtturmprojekt](#)“ zur Integration und Vertiefung der EU-Kapitalmärkte begonnen hat (für Hintergrundinformationen und Kritik siehe den [vorherigen Newsletter](#)). Ein paar Wochen später, am 18. Februar, präsentierte sie nun ihr [Grünbuch zur „Schaffung einer Kapitalmarktunion“](#) zusammen mit einem technischen [Arbeitspapier](#). Beide Dokumente enthalten keine Überraschungen, aber sie machen die Agenda und die Hintergründe deutlich. Insbesondere das Grünbuch bestimmt fünf Schwerpunktbereiche für kurzfristige Maßnahmen:

- Hohe Qualität bei Verbriefungen, möglicherweise der umstrittenste Teil des Projekts, und die Regeln für Prospekte von Investmentfonds;
- Standardisierung von Kreditinformationen über kleine und mittlere Unternehmen, um Investitionen in sie von Nicht-Bank-Investoren zu erleichtern, die üblicherweise wenig Zugang zu solchen Informationen haben;
- Maßnahmen, um langfristige Investitionen zu erhöhen;
- Verabschiedung des Europäischen langfristigen Investmentfonds (ELTIF, siehe [Newsletter Februar 2014](#));
- Den Ausbau eines europäischen Marktes für privat ausgegebene Unternehmensanleihen (Privatplatzierung).

Darüber hinaus listet das Grünbuch einige regulatorische und gesetzliche Bereiche auf, die auf nationaler Ebene harmonisiert werden müssten (das „Single Rule Book“). Darunter fallen Insolvenzgesetze, Vorschriften zur Unternehmensführung und unterschiedliche Steuerbehandlung von Finanzinstrumenten. Es gibt noch keine konkreten Vorschläge.

Die Veröffentlichung des Grünbuchs leitet eine öffentliche Konsultation ein, die bis zum 13. Mai 2015 läuft. Neben dieser Konsultation wurden zwei weitere gestartet, die sich auf zwei mit der Kapitalmarktunion zusammenhängende Bereiche konzentrieren: „einfache, transparente und standardisierte Verbriefung“ und die „Überarbeitung der Prospekt-Richtlinie“.

Kalender

Für mehr Hintergrundinformationen zu den offiziellen Terminen der europäischen Institutionen siehe:

- Europäische Kommission
- Europäischer Rat
- Rat für Wirtschaft und Finanzen (ECOFIN)
- Ausschuss für Wirtschaft und Währung (ECON) des Europäischen Parlaments
- G20-Finanzstabilitätsrat (FSB)

März

- **27, ESMA (Paris):** Frist für Diskussionspapier zu Anteilen an OGAW-Fonds
- **30, ESMA (Paris):** Frist für Konsultation zu Standards des Europäischen Elektronischen Zugangspunktes (EEAP)
- **31, ECON (Brüssel):** Treffen, Abstimmung über Europäischen Fonds für Strategische Investitionen, über Indizes, die bei Finanzierungsinstrumenten und Finanzkontrakten als Benchmark verwendet werden
- **31, ESMA (Paris):** Sondierung zu Wettbewerb, Wahl und Konflikten von Interessen der Ratingagenturen

April

- **14, ECON (Brüssel):** Treffen, Abstimmung über Strukturelle Maßnahmen zur Erhöhung der Widerstandsfähigkeit von Kreditinstituten
- **15, EP (Straßburg):** Plenum
- **16-17, G20 (Washington):** Treffen der Finanzminister und Zentralbankpräsidenten
- **17-19, WB/IWF (Washington):** Frühlingstreffen
- **18, NRO:** Globaler TTIP Aktionstag
- **20, ECON (Brüssel):** Treffen
- **22, VN (New York):** ECOSOC Treffen zu internationaler Kooperation in Steuerfragen
- **24-25, ECOFIN (Brüssel):** Informelles Treffen
- **27-30, EP (Straßburg):** Plenum, Diskussion über Geldmarktfonds
- **29-30, LATINDADD-GATJ (Lima):** Konferenz Internationale Steuern & Menschenrechte

Mai

- **5-7, Eurodad (Kopenhagen):** Internationale Konferenz Finanzierung für Entwicklung (FfD)

- **6-7, ECON (Brüssel):** Treffen
- **6-7, NRO:** Veranstaltungen zu Frauen und Steuergerechtigkeit
- **6-8, G20 (Istanbul):** Internationales Steuersymposium
- **7, Großbritannien:** Parlamentswahlen
- **11, Eurogruppe (Brüssel):** Treffen
- **12, ECOFIN (Brüssel):** Treffen
- **13, KOM (Brüssel):** Frist der Konsultationen zum Aufbau einer Kapitalmarktunion, zur Überarbeitung der Prospektrichtlinie, zu einem EU-Rahmen für eine einfache, transparente und standardisierte Verbriefung
- **18-21, EP (Straßburg):** Plenum, geplante Sitzung zur Transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP)
- **26, ECON (Brüssel):** Treffen
- **27-29, G7 (Dresden):** Treffen der Finanzminister und Zentralbankpräsidenten
- **27, EP (Straßburg):** Plenum

Juni

- **7-8, G7 (Schloss Elmau, Deutschland):** Treffen der Staats- und Regierungschefs
- **8-11, EP (Straßburg):** Plenum
- **8, KOM (Brüssel):** Präsentation der Konsultationsergebnisse zum Aufbau einer Kapitalmarktunion, zur Überarbeitung der Prospektrichtlinie, zu einem EU-Rahmen für eine einfache, transparente und standardisierte Verbriefung
- **15-16, ECON (Brüssel):** Treffen
- **16, Eurogruppe (Luxemburg):** Treffen
- **19, ECOFIN (Brüssel):** Treffen
- **24, EP (Straßburg):** Plenum, Sitzung zum Europäischen Fonds für Strategische Investitionen
- **25, ECON (Brüssel):** Treffen
- **25-26, Europäischer Rat (Brüssel):** Treffen

Juli

- **1, EU:** Beginn der luxemburgischen EU-Präsidentschaft
- **6-9, EP (Straßburg):** Plenum, Sitzung zu Wertpapierfinanzierungsgeschäften, zur Gewährleistung der Effizienz und Leistungsfähigkeit der Rechtsetzung (REFIT)
- **13-16, VN (Addis Abeba):** Konferenz zur Entwicklungsfinanzierung
- **15-16, ECON (Brüssel):** Treffen

September

- **3, ECON (Brüssel):** Treffen
- **4-5, G20 (Ankara):** Treffen der Finanzminister und Zentralbankpräsidenten
- **7-10, EP (Straßburg):** Plenum, Sitzung zu Strukturellen Maßnahmen zur Erhöhung der Widerstandsfähigkeit von Kreditinstituten, zu Indizes, die bei Finanzierungsinstrumenten und Finanzkontrakten als Benchmark verwendet

werden

- **14-15, ECON (Brüssel):** Treffen, Abstimmung über [Transparentere Gestaltung, Koordinierung und Annäherung der Politik im Bereich der Körperschaftssteuer](#)
- **16, EP (Brüssel):** Plenum
- **23, ECON (Brüssel):** Treffen
- **??, KOM (Brüssel):** Aktionsplan Kapitalmarktunion

Oktober

- **5-8, EP (Straßburg):** Plenum, Sitzung zu [Transparenterer Gestaltung, Koordinierung und Annäherung im Bereich der Körperschaftssteuer](#), zu [Steuerfairness in Europa](#)
- **8, G20 (Lima):** Treffen der Finanzminister und Zentralbankpräsidenten
- **9-11, Weltbank/WMF (Lima):** Jahrestreffen
- **13, ECON (Brüssel):** Treffen
- **14, EP (Brüssel):** Plenum
- **14-16, Europäischer Rat (Brüssel):** Treffen
- **19, ECON (Brüssel):** Treffen
- **26-29, EP (Straßburg):** Plenum

November

- **9-10, ECON (Brüssel):** Treffen, Abstimmung über [Einrichtungen der betrieblichen Altersversorgung](#)
- **11, EP (Straßburg):** Plenum
- **12, ECON (Brüssel):** Treffen
- **15-16, G20 (Antalya):** [Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs](#)
- **23-26, EP (Straßburg):** Plenum
- **25, EBA (London):** Öffentliche Anhörung zu [vereinfachten Pflichten](#)
- **30, ECON (Brüssel):** Treffen

Dezember

- **1, G20 (China):** China übernimmt G20 Präsidentschaft
- **1, ECON (Brüssel):** Treffen
- **2, EP (Brüssel):** Plenum
- **7, ECON (Brüssel):** Treffen
- **14-17, EP (Straßburg):** Plenum
- **17-18, Europäischer Rat (Brüssel):** Treffen
- **31, G7:** Ende der deutschen Präsidentschaft

Herausgeber: Weltwirtschaft, Ökologie & Entwicklung, WEED e.V., Eldenaer Str. 60, 10247 Berlin. Die englische Originalfassung wird gemeinsam mit der niederländischen Organisation SOMO herausgegeben.

Kontaktperson: Markus Henn, Tel. 0049-30-27582249, markus.henn@weed-online.org

Dieser Newsletter ist finanziell gefördert von der Ford Foundation. Die Inhalte liegen in der alleinigen Verantwortung von WEED und können nicht der Ford Foundation zugerechnet werden.



www.weed-online.org